

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen  
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erd...

**Die Kapitalisten fordern  
Streikverbot  
und Verbot der RGO**  
(siehe unsere Sonderseite im Innern  
des Blattes)

Bezirk Sachsen  
verulleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 17. November 1932

Nummer 262

## Ungeheuerliches Todesurteil in Chemnitz!

Das politische Schreckensurteil ist gegen die ganze antifaschistische Massenfront gerichtet . Heraus zum gewaltigen  
Massenprotest, für die Aufhebung des Schreckensurteils!

Chemnitz, 17. November 1932

Das Chemnitzer Schwurgericht fällt am 15. November ein ungeheuerliches Schreckensurteil. Der Arbeiter Ferdinand Barzil wurde zum Tode verurteilt.

Barzil war in der Nacht vom 4. zum 5. August im Café Gerold mit einem Begleiter. Es kam infolge von Provokationen von SA-Männern zu einem Zusammenstoß mit Nazis, wobei Barzil jetzt unbefangt gebildete Begleiter Barzillo geschossen und den Zeugnissen Krebs tödlich verletzt haben soll.

Barzil selbst hat nicht geschossen! In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß bei dem Zusammenstoß in Chemnitz im Café Gerold Barzil zuerst von den Nazis in die Brust geschossen wurde, besonders von dem SA-Mann Blümlerfeld. Barzil erklärte vor Gericht, daß er während der Auseinandersetzungen beim Ausreten war, plötzlich von hinten einen Schlag ins Gesicht erhielt, worauf er die ganze SA-Meute über ihn und seinen Begleiter hergefallen ist. Er dankt dann habe der Begleiter keine Pistole gezogen, um die SA-Meute zurückzuführen. Er selbst habe nicht geschossen, nur auch vor Gericht als erwiejen angelehen wurde. Die Anklage behauptet aber, daß Barzil den Nazi Krebs erschossen habe. Es ist aber keineswegs erwiesen, wer bei dem Zusammenstoß geschossen hat. Jedenfalls steht fest, daß jähling die Nazis über die beiden Arbeiter hergefallen sind, die dann im Kampf getötet hätten.

Der Gerichtsverhandlung erklärte dem Angeklagten, daß er zum Tode verurteilt werden müsse, wenn er den Namen seines Begleiters nicht nenne. Das Todesurteil beruht sich auf den § 42 des Strafgesetzbuches.

Selten trat bei den Prozessen gegen antifaschistische Arbeiter so deutlich der Charakter des nationalsozialistischen Provozierens zutage wie in diesem Prozeß.

Das Opfer der schändlichen Provokation darf nicht dem Feinde ausgeliefert werden.

Die Auslagen und die Feststellungen in den Prozessen gegen die nationalsozialistischen Bombenwerfer haben bereits Klarheit über die organisierten nationalsozialistischen Provokationen geschaffen. Bombenattentate und andere Terroraktionen wurden von der Führung der NSDAP organisiert, um die Arbeiterfront zu provozieren, um

Bündnisse für die geplante Aktion zur Zerkleinerung der Arbeiterorganisationen, insbesondere der kommunistischen Partei zu finden.

Sein Schuß im Café Gerold in Chemnitz handelt es sich um ein eben solches nationalsozialistisches Provokation, deren Todesopfer der Kampfbanner Krebs gemordet ist und dessen zweites Opfer Barzil werden soll.

Mit dem Todesurteil gegen Barzil wird jedoch die gesamte Arbeiterfront betroffen, die sich im schändlichen Kampf gegen den Naziterror befindet.

Mit haben bereits unmittelbar nach der Tat — und die kommunistische Partei hat dies ebenfalls in öffentlicher Stellungnahme getan — eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß in demselben Terror niemals ein Erfolg des antifaschistischen Kampfes sein kann. Mit haben aber auch bereits damals darauf hingewiesen, daß alles an den Vorgängen darauf hinweist, daß die Provokationen von den Nazis systematisch vorbereitet waren. Der Verlauf der Verhandlung hat diese Meinung erhärtet. Deshalb gilt es einmütig und geschlossen den

### Massenprotest gegen dieses Todesurteil

zu erklären, denn dieses Todesurteil richtet sich gegen die im Kampfe gegen den Naziterror stehende Arbeiterfront. Die entsprechende Forderung ist:

Protest und Streikbewegungen in allen Betrieben!

Protest auf allen Gewerkschaften!

Protest in allen Arbeiterorganisationen!

Das muß die Massenantwort auf das Schreckensurteil in Chemnitz sein.

## Arbeiter, Warn!

Sächsische Kapitalistenpresse fordert allgemeines Streikverbot und Verbot der RGO  
Formiert die kämpfende Einheitsfront zur Verteidigung der Streikfreiheit, der RGO und  
eurer revolutionären Presse!

Dresden, 17. November

Die sächsische und auch die übrige Kapitalistenpresse hat eine wilde Offensive gegen die Arbeiterfront und ihre revolutionären Organisationen, gegen die KPD, die roten Verbände und die Kommunistische Partei eingeleitet. Das sächsische Tagesblatt vom Montag, dem 14. November veröffentlicht unter der Überschrift „Papen muß sein eigenes Werk schützen — der rote Terror zerstört die Wirtschaft“, einen Artikel von „herausragender Seite aus der sächsischen Industrie“, aus dem die Angst und die Wut der Kapitalisten über die wachsende Kampfkraft der Arbeiter spricht und die für die gesamte Arbeiterfront äußerst lehrreich und im allerhöchsten Maße alarmierend ist.

Dieser Artikel beschäftigt sich mit den Versuchen zur Durchführung der Wohnbaunotverordnung in der sächsischen Textilindustrie und mit der Streikbewegung, die die Arbeiterfront unter der Führung der KPD gegen den Wohnbau durchführt. Wohnbaunotverordnungen helfen die Unternehmer sich, daß die Arbeiterfront unter Führung der KPD den Unternehmerngriffen einen entscheidenden Widerstand entgegenstellt hat. Sie fordern ganz offen ein allgemeines Streikverbot, das Verbot der kommunistischen Presse, der KPD und ihrer gesamten Agitation und Propaganda.

Der „Dresdner Anzeiger“ und die ganze übrige Kapitalistenpresse läßt in dasselbe Horn.

Papens Antwort, die er auf die Wünsche der sächsischen Textilindustrie bei seinem Dresdner Besuch erteilte, wird zum Beispiel von der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung folgenbarmen gemäßigt:

„Auf die Frage, ob die Reichsregierung durch eine Notverordnung die gleichmäßige Grundlages für schärfste Maßnahmen gegen diesen Streik plane, antwortete der Kanzler, daß es sich

seiner Regierung gefallen lassen könne, daß letztlich durch politische Organisationen jeder Kern des Volkswirtschafts in der Weltwirtschaft unterdrückt werde. Dagegen müßten Maßnahmen getroffen werden. Die Reichsregierung hat durchaus auf dem Standpunkt, daß mit allen Mitteln die Wiederbelebung der Wirtschaft gefördert werden müsse, weil ja in der Tat das einzige und letzte Programm ist, mit dem wir aus der Not des Tages herauskommen können.“

Arbeiter, das ist deutlich genug. Schärfer Warn! Euch sollen die letzten Reste der Streikfreiheit genommen werden. Die KPD, die roten Verbände, die kommunistische Presse und eure Betriebszeitungen sollen verboten werden! Damit will man den Weg zu neuen Angriffen auf eure Existenz freimachen.

Heraus zum Massenprotest! Nehmt sofort in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen zu diesen Forderungen Stellung. Verteidigt eure Streikfront, verteidigt die KPD, eure roten Verbände, eure revolutionäre Presse.

(Siehe auch der Artikel im Innern der Zeitung.)

## Massenprozeß gegen Antifaschisten

17 Gottschebuer Antifaschisten, darunter 3 Reichsdannerarbeiter, auf der Anklagebank wegen Abwehr blutigen Naziterrors. Polizei mit Gummiknüppel gegen Protestaktionen

Gottschebu, 15. November.

Heute begann vor der großen Strafkammer eines Reichsgerichts gegen 17 Gottschebuer Antifaschisten, unter ihnen drei Reichsdannerarbeiter, sowie gegen acht Nationalsozialisten. Der Vorfall liegt in der Vorgeschichte der Reichsdannerarbeiterbewegung im März d. J. zugrunde, wo es zu schweren Zusammenstößen zwischen kommunistischen Nazis und antifaschistischen Arbeitern kam.

Der Prozeß wurde nach Gottschebu verlegt und findet im dortigen Rathaus statt. Große Mengen von Arbeitern sammelten sich dort an und verlangten die Freilassung der angeklagten

### Die ersten Proteste

Die Nazis stützten die Gewerkschaften durch die Internationalen Arbeiterverbände haben bereits mehrere ihrer Mitglieder gegen die Proteste in Gottschebu gegen das Schreckensurteil in Chemnitz abgelehnt. Jetzt muß die Protestbewegung auf alle Betriebe und Gewerkschaften übergehen.

revolutionären Arbeiter. Durch die Streikbewegung, verstärkt durch Kundgebungen und alle verfügbaren Möglichkeiten der Antifaschisten, sind in Gottschebu Zusammenstöße, um die Protestaktionen der Arbeiterfront zu unterbinden. Die Polizei ging bei den letzten Zusammenstößen sofort mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstrationen vor und kämpfte mit dem Ruf: „Gewalt“ auf die Arbeiter.

Die Massenprotestbewegung für die Freilassung der angeklagten Antifaschisten mußte sofort der Gerichtsverhandlung bei der Eröffnung der Verhandlung zugeben, indem er erklärte, daß er bereits mehr als 20 Protestrevolutionen von revolutionären Organisationen erhoben habe, in denen Antifaschisten die Freilassung der Antifaschisten und Reichsdannerarbeiter gefordert wird. (Wer werden morgen ausfindig auf die Vorgänge, die dem Prozeß zugrunde liegen, und auf die Verhandlung zurückzuführen.)

Lebhaft muß der Massenprotest gegen die Verurteilung von Antifaschisten, die von den Nazis überfallen wurden, verstärkt werden! Immer offener scharf und drakonischer werden die Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter, die den Kampf gegen den Faschismus führen. Das zeigt auch das Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Barzil ausgesprochen wurde. Deshalb muß die Antifaschistische Aktion am Kampf mit der roten Hilfe für die Freilassung aller politischen politischen Gefangenen, gegen Naziterror und schändliche Diktatur!

### Nicole im Hungerkett

Der slowakische sozialdemokratische Abgeordnete Nicole, der verhaftet wurde, ist in Gefängnis gegen seine Freilassung in den Hungerkett getreten. Im Hungerkett werden die Hungerstreikenden in ihren Zellen durch die Nationalsozialisten unter dem Schutz der „Internationalen“ der Sozialisten von den Nazis, jedoch hat.

### Wahrung! NS-Konferenz Dresden!

Sonnt, Donnerstag, 18. 11. 1932 im Reichshaus, Dresden  
Karl Pöhlmann, NSD, alle Antifaschisten  
sindlich zu erscheinen!

## Formelle Demission Papens?

Der Papenhurs soll jedoch verhängt fortgeführt werden

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern hatte der Reichsdanner Papen Verhandlungen mit den Zentrumsführern Rans und Jans, sowie mit dem Führer der Sozialen Volkspartei, dem Staatsrat Schäffer. Das Zentrum soll sich für ein Kabinett der „nationalen Regeneration“ ausgesprochen haben. Doch sollen die Zentrumsführer erklärt haben, daß ein solches Kabinett nicht unter der Herrschaft Papens hergestellt werden. Der Reichsdanner Papen hat die „Sozialen“ in Stuttgart und Mannheim abgelehnt.

Wie die Münchener Presse mitteilt, soll Papen die Demission haben, dem Reichsdannerformell seine Demission eingereicht. Nach soll heute das

Reichsdanneramt darüber berichten, ob es eine formelle Demission abgelehnt will.

Die „Reichische Zeitung“ erklärt, daß es nach ihrer Meinung heißt, daß Hindenburg ein Rücktrittsgesuch Papens oder seines Kabinetts annehmen will. Das Berliner „Tagblatt“ schreibt: „Man hält den Rücktritt Papens für oberst gut möglich, wie eine Verleumdung des Kabinetts mit geringen politischen Möglichkeiten überkommt.“

Der „Berliner Volksbeobachter“ schreibt: „Wahrscheinlich wurde dem Reichsdanner die Forderung nachmüßiger Verhandlungen über die „nationalen Regeneration“ abgelehnt. Ein Rücktritt ist (Botschaftung Seite 2)